

Europäisches und Internationales Steuerrecht

Rechtsfolgen unionsrechtswidriger Beihilfen im Steuerrecht

Dr. RUBEN MARTINI, München*

Inhaltsübersicht

- I. Einleitung
- II. Rechtsrahmen
 - 1. Primärrecht
 - 2. Sekundärrecht
 - a) Rückforderungsanordnung
 - b) Verjährung
- III. Die bisherige Rechtsprechung des EuGH im Beihilfenrecht
 - 1. Rechtsfolgen ausschließlich formell unionsrechtswidriger Beihilfen
 - 2. Rechtsfolgen (auch) materiell unionsrechtswidriger Beihilfen
 - 3. Rechtsschutz gegen Rückforderungsmaßnahmen
 - 4. Schützenswertes Vertrauen in den Bestand der Beihilfemaßnahme
 - a) Das Notifizierungsverfahren als maßgeblicher Bezugspunkt
 - b) Keine Bedeutung vertrauensschützender Normen des nationalen Verfahrensrechts
 - c) Vertrauensbegründendes Verhalten von Unionsorganen
- IV. Besonderheiten des Steuerrechts
 - 1. Problematik des *moral hazard*
 - 2. Abstrakt-generelles Beihilfenpotential des Steuerrechts
 - a) Mangelnde Vorhersehbarkeit und Beeinflussbarkeit durch die Steuerpflichtigen
 - b) Beteiligungs- und Rechtsschutzlücken
 - c) Konflikt mit der Auslegungshoheit der Mitgliedsstaaten
- V. Die Rückgewährverpflichtung der Mitgliedsstaaten als Anpassungsfeld

Steuerlich überbrachte Beihilfen haben sich zu einem wesentlichen Handlungsfeld der Mitgliedsstaaten entwickelt. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich der vorliegende Beitrag mit der Frage, ob der zunehmenden wirtschaftlichen und praktischen Bedeutung des Steuerrechts für das Gebiet des Beihilfenrechts durch eine Adaption der maßgeblichen rechtlichen Rahmenbedingungen ausreichend Rechnung getragen wurde. Aufbauend auf einer Darstellung des maßgeblichen Rechtsrahmens und der Rechtsprechung des EuGH werden die bestehenden Friktionen zwischen den besonderen Anforderungen des Steuerrechts und dem aktuellen Stand des europäischen Beihilfenrechts exemplarisch anhand mehrerer Teilaspekte analysiert und auf dieser Basis die Rückgewährverpflichtung der Mitgliedsstaaten statt – wie bisher – der Steuerpflichtigen als erforderliches Anpassungsfeld identifiziert.

Although, initially, the provisions of the TFEU dealing with state aid were virtually exclusively applied to direct grants, in recent years, this set of rules has achieved greater prominence in the field of taxation. Against this background, this paper tackles the question of whether the specific features of tax law are taken into account constructing and applying the state aid rules. Based on an outline of the relevant legislation and case-law, the conflicts between the unique characteristics of tax law and the European state aid rules will be analysed. As an option for a future adaption of the EU state aid regime, the paper identifies the need to oblige the Member States to repay the aid instead of the taxpayers.